



AMBASSADE DE SUISSE
EN IRLANDE

DUBLIN 4, den 15. Oktober 1968.
6, Ailesbury Road

Ref.: 381 - deK/gm

POLITISCHER BERICHT NO 6

VERTRAULICH

Unruhen in Nordirland

Herrn Bundespräsident Willy Spühler,
Vorsteher des Eidgenössischen
Politischen Departements

B e r n

cn						e'a
Datum						8
Vica						
EPD		5. NOV. 1968				
Ref. p. A. 21.31.		Dubli				

Herr Bundespräsident,

Das internationale Demonstrationsfieber hat nun auch auf Irland übergegriffen. Die erste Demonstration der katholischen "Civil Rights" Bewegung in Nordirland fand anfangs Oktober in Londonderry (hier kurz als "Derry" bezeichnet) statt. Die friedlich geplante Demonstration endete in zerschlagenen Schaufenstern und Verletzten unter den Demonstranten, den Zuschauern und der Polizei. Die nordirische Polizei wurde von der Bewegung und ihren Anhängern schwerster Brutalität bezichtigt. Weitere Demonstrationen wurden verboten und die "Civil Rights" Bewegung vom nordirischen Aussenminister Craig als von Kommunisten und der IRA (die auch in der Republik verbotene Extremisten Organisation mit Kampfziel "Anschluss des Nordens an den Süden") infiziert bezeichnet. Die Demonstration der "Civil Rights" Bewegung rief augenblicklich den protestantischen Reverend Paisley mit seiner kämpferischen Gefolgschaft, deren christliche Nächstenliebe sich durch unversöhnlichen Hass gegen die Katholiken im Norden auszeichnet, auf den Plan. Um blutigen Zusammenstössen vorzubeugen, hat die katholische "Civil Rights" Bewegung in Londonderry, sowie die Studenten der Queen's University in Belfast veranlasst, vorerhand auf weitere Demonstrationen zu verzichten. Hierdurch wollen die ehrlichen "Civil Rights" Vertreter die Infiltration und Einmischung von Extremisten, wie Kommunisten und IRA, ausschalten, die ihrer Sache nur schaden.

Die Gefahr einer Eskalation in Nordirland kann nicht von der Hand gewiesen werden, sofern die Regierung nicht konstruktiv eingreift. Aber wie? Jede Konzession an die Katholische Minderheit



ruft die Opposition - gewalttätig sogar - der protestantischen Extremisten unter Pfarrer Paisley hervor. Die nächsten Wochen werden den Beweis erbringen, ob die Regierung im Norden diesen Seiltanz besteht, oder ob es zu blutigen Zusammenstößen kommt, die den Süden (irische Republik) nicht unberührt lassen können.

Um was geht es eigentlich in Nordirland,- um ein Auf-
flackern des alten Glaubenskrieges in Irland? Im jetzigen Zeit-
punkt kann diese Frage verneint werden, indem die Glaubensfrage
eher eine untergeordnete Rolle spielt. Die katholische Minderheit
in Nordirland wehrt sich gegen die diskriminatorische Apartheids-
politik der Regierung, d.h. die Minorität verlangt gleichen Zu-
gang zum Arbeitsmarkt und beim Ankauf von Häusern und Liegen-
schaften, Reform des Wahlrechtes, freie Fahnenwahl, Abschaffung
des "Special Powers Act" (Schutzhaft). Die Katholiken in Nord-
irland betrachten sich auf sozialem und politischem Boden als
Bürger zweiter Klasse und vergleichen ihre zurückgesetzte Stellung
mit der Rolle der Schwarzen in Rhodesien oder Amerika. Objektive
Kenner der Verhältnisse in Nordirland behaupten, dass die Klagen
der Minorität zu Recht bestehen. Gleichzeitig fügen Sie hinzu,
dass die nordirländische Regierung unter Führung von Premier
Minister Captain O'Neill bereits einige Konzessionen gemacht hat.
Diese genügen augenscheinlich nicht, der Minorität geht die Geduld
aus und diese versucht nun, sich unter der modischen Etikette
"Civil Rights" Bewegung auf dem Wege über friedliche Demonstra-
tionen, die weit über die Grenzen Nordirlands ihr Echo gefunden
haben, Gehör zu verschaffen. Die Führung der Minorität bekennt
sich zu einer friedlichen Regelung zwischen Regierung und Oppo-
sition ohne Einmischung von Westminster oder anderer interessier-
ter Kreise ausserhalb der Landesgrenzen. Die Regierung der Re-
publik Irland bedauert die Vorfälle im Norden und sucht deren
Ursache und Wurzeln in der Zweiteilung der "grünen Insel". Es
ist anzunehmen, dass der hiesige Ministerpräsident Lynch seinen
vorgesehenen Privatbesuch in London Ende des Monats zu einer Aus-
sprache mit Premier Minister Wilson benützen wird. Zu einem Dia-
log zwischen den beiden Premier Ministern O'Neill und Lynch hat
die Stunde noch nicht geschlagen. Je länger die Krise dauert, je
grösser werden die Kreise, die in diesen Wirbel hineingezogen
werden. Gewisse Stimmen empfehlen bereits, die Zurücksetzung der

Minorität in Nordirland bei den Vereinten Nationen anhängig zu machen. Der Europarat könnte ebenfalls in diese Streitfrage verwickelt werden. Derartige Drohmittel dürften in Belfast und in London einige Wirkung erzielen.

In Dublin kam es vergangenen Samstag zu einer Sympathiekundgebung (200 - 300 Personen) von hiesigen "Civil Rights" Vertretern, die sich schlussendlich zur britischen Botschaft begaben, vor der eine britische Fahne verbrannt wurde. Der hiesigen Polizei gelang es, mit einem Minimum von Scherben und Verletzten auf beiden Seiten, die Demonstration aufzulösen. Vernünftige Kreise verurteilen derartige antibritische Aktionen und rufen zur Mässigung.

Wenn die Krise weitergeht, muss hierzulande mit Sympathiekundgebungen in grösserem Stil gerechnet werden, was schlussendlich zum Wiederaufflackern des alten Kampfes zwischen Katholiken und Protestanten in beiden Teilen Irlands führen könnte. Es ist dringend zu wünschen, dass die einsichtigen Elemente in Nordirland den Mut aufbringen, um einen konstruktiven Dialog mit der Minderheit unverzüglich aufzunehmen, bevor es für vernünftige und friedliche Gespräche, für welche die politische Führung der Minderheit die Hand ausstreckt, zu spät ist. Die Stellung der Regierungspartei ist so stark, dass sie sich vernünftige Zugeständnisse an die Minderheit leisten kann, ohne ihre Führerrolle aufs Spiel zu setzen.

Das Minderheitsproblem in Nordirland ist für die Kommunisten und die Untergrundbewegung IRA, die beide kein geeignetes Betätigungsfeld, bzw. Anklang bei der Bevölkerung finden, eine willkommene Gelegenheit, die Atmosphäre zu vergiften, um die Krise, jeder auf eigene Art, auszunützen.

Ich versichere Sie, Herr Bundespräsident, meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter :

PS. 16.10.68

Wegen ungenügendem Verständnis der Regierung hat die parlamentarische Minderheit ihre Rolle der offiziellen Opposition aufgegeben. Hierdurch versteifen sich die Positionen